

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/121

Bonn, den 3. Juli 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Das ABC der Ostpolitik	60

Ernste Warnung vor politischen Scharlatanen

Von Philip Rosenthal SPD-MdB

3	Der Schuß aus dem Dunkeln	48
---	---------------------------	----

Ein notwendiges Nachwort zur Veröffentlichung der "Bahr-Papiere"

4 - 5	Schwedens aktive Neutralitätspolitik	70
-------	--------------------------------------	----

Ministerpräsident Palme unterstützt Brandts Ostpolitik

\* \* \*

Das ABC der Ostpolitik  
-----

Ernsteste Warnung vor politischen Schärlatanen

Von Philip Rosenthal SPD-MdB

Wenn ich als Nicht-Außenpolitiker zu dieser Frage schreibe, so erstens, weil ich ein ganz schlimmes Gefühl bei unserer neuerlichen Verkeilung in der Ostpolitik habe, die gerade in diesem Land eine Frage des politischen Gewissens und nicht des sonst legitimen Parteivorteils sein sollte, und zweitens, weil ich meine, daß die Mehrheit unseres Volkes gar nicht mehr versteht, um was es eigentlich geht.

Hier mein ABC der Ostpolitik:

1. Wer nicht weiß, daß Vereinigung oder Wiedervereinigung von Völkern von dem Willen der Mehrheit dieser Völker und den politischen Umständen abhängen, nicht aber von staatsrechtlichen Formeln - als von Anerkennung, Halbanerkennung oder Nichtanerkennung -, der hat öfter in der europäischen Geschichtsstunde gefehlt. Das jugoslawische, das italienische, das polnische Volk waren Dekaden oder Jahrhunderte staatlich getrennt. Erst als sich die politischen Umstände änderten, erst dann, aber dann ohne Rücksicht auf vorherige Formeln, konnten diese Völker ihre Einheit wiedergewinnen.
2. Wer nicht weiß, daß eine Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR in Freiheit, wie wir sie verstehen, ein Wunschtraum bleibt, solange die Konfrontation der Weltmächte andauert und eine Weltmacht Sowjetunion am Potential der DDR interessiert ist, der ist ein politischer Traumtänzer.
3. Unrecht bleibt Unrecht - die Wegnahme deutscher Gebiete, die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten genauso wie unsere vorangegangenen Annexionen und Vertreibungen -, wer aber nicht weiß, daß die Gebiete jenseits der Oder und Neiße nur zurückzugewinnen sind durch einen Krieg, den keiner will, der

ist ein politischer Einfaltspinsel.

4. Wer sich nicht erinnert, daß vor nicht mehr als 40 Jahren schon einmal deutsche Politiker, wie der liberale Stresemann, der Sozialdemokrat Breitscheid und auch Adenauer, als Verzichtspolitiker verketzert wurden, weil sie Deutschland von den Realitäten her und nicht von den Schimären her aufbauen wollten, Schimären, von denen als einzige Realität Tod, Haß und Zerstörung blieb, der hat in der deutschen Geschichtsstunde gefehlt.

5. Wer nicht weiß, daß die Bundesregierung nichts weiter tut als der Chef eines Familienunternehmens, der seit langem im Streit mit mitbesitzenden Angehörigen, sagen wir der zweiten Frau seines Vaters, im Streit liegt, einem Streit, der wenig bringt und viel kostet (z.B. Milliarden Erpressungskosten bei Dritt-Ländern für Nichtanerkennung); ein nüchterner Firmenchef entschließt sich im ureigensten Interesse und mit der Zustimmung seiner eigenen Geschäftspartner, zu einer Generalbereinigung zu kommen, falls - aber nur falls - diese Generalbereinigung auch für ihn mehr bringt, als er aufgibt (also statt sowieso nicht einklagbarer Rechte die Sicherheit für ein Berliner Tochterunternehmen und Aktionsfreiheit auf anderen Märkten), wer das nicht versteht, ist entweder taub oder will gar nicht hören.

6. Wer nicht weiß, daß die Bereinigung von Familienstreitigkeiten noch mehr Zeit braucht als die mit Außenstehenden (wir haben mit unseren Verbündeten 20 Jahre gebraucht, um ein Westeuropa halb fertig zu bekommen), dem mangelt es an einer der wichtigsten politischen Qualitäten: Der Geduld.

Wer aber all dies genau weiß, weiß er weder in der Geschichtsstunde gefehlt hat, noch ein Traamtänzer, noch ein Einfaltspinsel, noch ungeduldig oder taub ist, und trotzdem dem deutschen Volk aus parteipolitischen Gründen wieder Schimären vorspiegelt, der sollte sich doch Überlegen, ob er dann nicht etwas Schlimmeres wird - nämlich ein gefährlicher politischer Scharlatan.

+ + +

### Der Schuß aus dem Dunkeln

Ein notwendiges Nachwort zur Veröffentlichung der "Bahr-Papiere"

Ein Boulevardblatt und eine Illustrierte dürfen für sich in Anspruch nehmen, offen gegen international übliche Gepflogenheiten verstossen zu haben, deren Befolgung im übergeordneten Staatsinteresse liegt. Soweit kann politische Lust, die Bundesregierung um jeden Preis in Schwierigkeiten zu bringen, führen. Würde dies überall Schule machen, dann wären notwendigerweise vertraulich zu führende diplomatische Verhandlungen nicht mehr möglich, und auch nicht mehr nötig, dann könnte sich kein Diplomat oder Politiker auf das Wort seines jeweiligen Gesprächspartners verlassen, das Konferenzergebnis vertraulich zu behandeln.

Diese gezielte, und im übrigen zeitlich genau aufeinander abgestimmte Veröffentlichung der "Bahr-Papiere" ist ein Vorgang, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte seinesgleichen sucht und im gesamten Ausland betroffenes Erstaunen ausgelöst hat. Man ist sich in allen seriösen Kreisen einig darüber, daß diese Aktion nichts mehr mit Erfüllung einer Informationspflicht zu tun hat, sondern, wie z.B. die Wiener "Arbeiterzeitung" schrieb, ein Schuß aus dem Dunkeln war, der die Atmosphäre vergiften sollte. Ein bösesartiges Unternehmen also gegen die Bundesregierung, die sich bemüht, 25 Jahre nach Kriegsende die für uns und die Welt so notwendige Entspannung endlich auch mit unseren östlichen Nachbarn zu erreichen.

Die "Bahr-Papiere" sind der Niederschlag der nun mit Substanz erfüllten Ankündigungen der Regierungserklärung vom 28. Oktober vergangenen Jahres. Diese Regierung macht keine Politik in der Dunkelkammer. Was sie will, was sie erstrebt, was sie für unser Volk von Nutzen und was sie für ihre Pflicht hält, nämlich den Frieden sicherer zu machen, liegt vor aller Welt offen. In manchen Bundestagsdebatten kam es darüber zu mit Leidenschaft geführten Auseinandersetzungen. Niemand kann mit gutem Gewissen sagen, daß die Regierung Brandt/Scheel etwas zu verbergen habe oder eine Politik hinter dem Rücken des Volkes betreibe. Die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses gleich welcher Parteicouleur könnten dies bestätigen, denn sie haben ja alles im Detail erfahren und rechtzeitig mitgeteilt bekommen, was mit den Verhandlungen über ein Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion zusammenhängt.

Aber das ist es eben. Den Kalten Kriegern in der Bundesrepublik, in deren Reihen die Quelle für die Informationen an die beiden Publikationsorgane zu suchen sind, geht die ganze Richtung wider den Strich. Sie sehnen sich nach der Widerkehr der für sie so einfachen und herrlichen Zeiten der 50er Jahre. Sie haben keine für unser Volk und für Europa nützlichen Rezepte anzubieten, sie können keine wirklich brauchbare Alternative vorlegen. Sie haben nur ein Ziel: Die sozial-liberalen Kräfte, die sich in der Regierung Brandt/Scheel zum Bündnis zusammenfanden, in Mißkredit zu bringen und sie der Freisgabe nationaler Interessen zu beschuldigen. Das Nationale ist für sie dabei nur ein Vorwand. Sie verfolgen Ziele, die sich mit einer gesicherten Friedenszukunft unseres Volkes in einem zur allgemeiner Verständigung hinstrebenden Europa nicht vereinbaren lassen.

Albert Exler

### Schwedens aktive Neutralitätspolitik

#### Ministerpräsident Palme unterstützt Brandts Ostpolitik

Der schwedische Regierungschef Olof Palme hat mit seinen Besuchen in Bonn, London, Paris, Washington und Moskau verstärkt die Initiative zu einer engagierten Außenpolitik ergriffen. Im Gegensatz etwa zur Schweiz betreibt Schweden eine aktive Neutralitätspolitik, die Botschafter Sundfeld vom schwedischen Außenministerium in einem Gespräch so charakterisierte: "Wir haben eine ungebundene Politik, die sich aus einer friedlichen demokratischen Entwicklung in den letzten 150 Jahren herauskristallisiert hat. Diese Neutralitätstradition ist so fest in der schwedischen Geschichte und im Bewußtsein des Volkes verankert, daß jeder Versuch, sie aufzugeben, auf unüberwindbaren Widerstand stoßen würde. In seiner Neutralitätspolitik sieht Schweden das beste Mittel, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu schützen. ... Sie bedeutet jedoch nicht, daß sich Schweden zu einer ideologischen Neutralität verpflichtet hätte, sondern sich im Gegenteil ohne Einschränkung an das Ideal der westlichen Demokratie gebunden fühlt".

Diese Ausführungen kennzeichnen auch das Hauptproblem, mit dem sich Schweden im Augenblick konfrontiert sieht. Stockholm möchte als Vollmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beitreten, ohne daß seine Neutralität beeinträchtigt wird. Die Regierung akzeptiert daher alle wirtschaftlichen Bedingungen, obwohl sie sich der Schwierigkeiten für ihr industriell hochentwickeltes Land wohl bewußt ist. Sie fordert daher die Berücksichtigung der engen Verbindungen, die sie auf wirtschaftlichem Gebiet im Nordischen Rat mit Dänemark und Norwegen eingegangen ist.

Während Olof Palme in dieser Frage auf die Unterstützung Bonns hofft - mit der er auch fest rechnen kann -, hat er selbst auf seinen Besuchsreisen energisch die deutsche Ostpolitik befürwortet. Gerade in Moskau hat er versucht, seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik Deutschland aufrichtig und ohne Einschränkungen den Frieden will. Botschafter Sundfeld faßte den Eindruck, den Olof Palme bei seinem letzten Besuch in Moskau von der Haltung der Sowjetregierung und den Chancen der deutschen Ostpolitik gewonnen

hat, so zusammen: "Herr Gromyko hat mit Staatssekretär Bahr viele Stunden konferiert. Nach unseren Informationen wünscht auch Warschau eine echte Verständigung mit Bonn. Wir können uns auch schwer vorstellen, daß Moskau aus Rücksicht auf Ostberlin zögern würde, einen Gewaltverzichtsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland abzuschließen. Es wird deshalb auch nicht bedingungslos die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verlangen".

Dieses Engagement für eine Verständigung mit dem Osten liegt auf der gleichen Ebene wie das Eintreten Schwedens für eine Europäische Sicherheitskonferenz unter der Beteiligung der USA und Kanadas. Basis eines solchen Treffens soll nach Meinung der schwedischen Regierung die Respektierung der bestehenden Grenzen in Europa und der heutigen realen politischen Gegebenheiten sein. Die bilateralen Gespräche etwa zwischen Bonn und Moskau gelten als eine gute und notwendige Vorbereitung einer solchen Konferenz, die Schweden im Hinblick auf Europa unterstützt.

Schwedens Außenpolitik ist auf Europa gerichtet, weil man der Überzeugung ist, daß hier eine Entspannung erreicht werden kann. Was in anderen Erdteilen zur Zeit nicht erreichbar zu sein scheint, muß auf dem europäischen Kontinent möglich werden. Nach Ansicht der Stockholmer Regierung können konzentrierte Bemühungen in Europa auf einem langen Wege zum Frieden führen. Und in dieser Frage ist der schwedische Ministerpräsident zu keinen Konzessionen bereit. Wie verantwortliche Kreise in Stockholm meinen, würde Schweden im Falle einer ernststen Krise in Europa die Initiative ergreifen, um eine solche Lage wieder zu entspannen. Die scharfen Reaktionen auf die griechische Militärdiktatur in Athen und die harte Verurteilung ihrer Praktiken durch die schwedische Regierung sind nur ein Beweis für diese These.

Nicht anders ist auch das schwedische Eintreten in der Vietnam-Frage zu verstehen. Man wünscht den Abzug aller fremden Streitkräfte aus diesem Gebiet und hält den Einmarsch in Kambodscha für einen politischen Fehler, der niemals zu einem militärischen Sieg in Vietnam führen konnte. Nur der Abzug aller Streitkräfte von allen fremden Territorien - einschließlich Südkorea - kann nach Stockholmer Ansicht eine politische Lösung in Südostasien bringen und einen dauerhaften Frieden ermöglichen. Die Außenpolitik Schwedens möchte insgesamt einen aktiveren und wesentlichen Beitrag zum Frieden auf der Welt leisten.

Dr. Basil P. Mathiopoulos